



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLNISCHE ENTWICKLUNGSHILFE

- ANALYSE
Polen als Geberland in der Entwicklungszusammenarbeit
Jürgen Tischmacher, Bonn 2
- TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
Polnische Entwicklungshilfe in Zahlen 6

- CHRONIK
Vom 01. bis zum 14. September 2009 10



Analyse

Polen als Geberland in der Entwicklungszusammenarbeit

Jürgen Tischmacher, Bonn

Zusammenfassung

Mit ihrem Beitritt zur Europäischen Union (EU) am 1. Mai 2004 wurden die zehn neuen Mitgliedsstaaten gleichzeitig Teil der weltweit größten Gebergemeinschaft für öffentliche Entwicklungshilfe. Maßnahmen zur Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Bekämpfung der Armut stellen für die Mitglieder der EU ein obligatorisches Element der Außenpolitik dar. Trotz des eigenen Entwicklungsrückstands gegenüber dem Westen (das polnische Bruttoinlandsprodukt lag 2008 bei 51 Prozent des EU-Durchschnitts) kommt Polen dieser Verpflichtung mit dem kontinuierlichen Auf- und Ausbau seines Hilfsprogramms nach. Als größter Geber der seit 2004 beigetretenen Mitgliedsstaaten setzt Polen mit seinem Hilfsprogramm zwar auch eigene Akzente, der Einfluss der europäischen Vorgaben ist jedoch sowohl inhaltlich als auch im Hinblick auf den Umfang der Maßnahmen deutlich erkennbar. Dem Erreichen der vereinbarten Ziele stehen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise entgegen. Weitere Voraussetzungen für die Erweiterung der Entwicklungszusammenarbeit sind eine ausreichend informierte Öffentlichkeit und der entsprechende Wille der politischen Entscheidungsträger.

Mehr als die Hälfte der global bereitgestellten Mittel für Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – ODA) – im Jahr 2008 nahezu 50 Mrd. Euro – wird durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten aufgebracht. Vorrangiges, übergreifendes Ziel der EU-Entwicklungszusammenarbeit ist es, die Armut zu beseitigen sowie die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (diese betreffen neben der Armutsbekämpfung die Bereiche Schulbildung, Frauenförderung, Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft und Staatsführung) zu verfolgen. Seit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags zur EU und der Verpflichtung zur vollständigen Übernahme des *acquis communautaire* ist auch Polen diesen Zielen verpflichtet. Im Folgenden wird an einzelnen Punkten die Struktur des inzwischen entstandenen polnischen Hilfsprogramms vorgestellt.

Nachdem Polen jahrelang eines der weltweit größten Empfängerländer von finanzieller Hilfe aus dem Ausland gewesen war, hatte es bereits im Jahr 1998 staatliche Hilfen für weniger entwickelte Länder in Gang gesetzt und so einen Schritt zur Wandlung vom Empfänger- hin zum Geberland vollzogen. Tatsächlich war dies aber eine Rückkehr – Polen hatte bereits als Mitglied im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in den 1970er Jahren Mittel für Entwicklungshilfe bereitgestellt. Als »Neuer Geber« (»Re-Emerging Donor«) konnte es bei der unumgänglichen Neuausrichtung seines Hilfsprogramms an europäischen Koordinaten auf eigenen Erfahrungen aufbauen. Angeschoben wurde diese wenig betrachtete Facette der Transformation Polens durch die im März 1998 begonnenen Beitrittsverhandlungen

sowie die aus der Mitgliedschaft in der EU erwachsenen Verpflichtungen im Politikfeld der Entwicklungszusammenarbeit (EZ).

Vorgaben der EU

Neben der allgemeinen Aufgabe einer »Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit« (vgl. EG-Vertrag, Art. 3, Abs. 1, Buchstabe r) finden sich im *acquis communautaire* weitreichende, wenn auch nicht stets rechtsverbindliche Leitlinien für die Ausrichtung nationaler Politik gegenüber Entwicklungsländern. Eine wichtige Referenz ist der 2005 von Vertretern der EU-Gemeinschaftsorgane Kommission, Parlament und Rat sowie von den Mitgliedsstaaten der Union verabschiedete Europäische Entwicklungskonsens (EUEK).

Der EUEK definiert die Hauptziele entsprechend den UN-Millenniums-Entwicklungszielen sowie die Prinzipien und die Methoden der europäischen Entwicklungszusammenarbeit und formuliert eine für die Gemeinschaft und die einzelnen Mitgliedsstaaten grundlegende Entwicklungsvision. Es wird betont, dass Entwicklung als zentrales Ziel politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte ebenso einschließt wie good governance und die Achtung der Menschenrechte.

Im Prozess der Erarbeitung des EUEK wurde bereits deutlich, dass die damals neuen EU-Mitgliedsstaaten mit ihren Programmen durchaus eigene inhaltliche und regionale Schwerpunkte in die Union einbringen können. Sie drängten u. a. auf die Einbeziehung der Länder als potenzielle Empfängerländer, die im internationalen Vergleich ein mittleres pro Kopf-Einkommen aufweisen, und unterstrichen, dass fehlende soziale, politi-

sche und zivile Rechte ein Bestandteil von Armut sind. Beide Punkte sind für die Ausrichtung des polnischen Hilfsprogramms von Bedeutung, das sich sowohl regional als auch inhaltlich von den Programmen »etablierter Geber« unterscheidet.

Neben den inhaltlichen Leitlinien wurden auch Zielwerte für den Umfang der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit mit der Europäischen Union vereinbart. Die EU-Beitrittsländer der Jahre 2004 und 2007 (EU-12) wurden dazu verpflichtet, bis 2010 einen Anteil von 0,17 Prozent, bis 2015 schließlich 0,33 Prozent des Bruttonationaleinkommens als ODA verfügbar zu machen. Nach Berechnungen der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2008 müsste Polen im Jahr 2010 rund 1.055 Mio. US-Dollar für entwicklungspolitische Maßnahmen bereitstellen. Im Jahr vor dem Beitritt zur EU beliefen sich die Ausgaben Polens auf gerade einmal 27,19 Mio. US-Dollar, was die von Brüssel geforderten Anstrengungen zum Ausbau des Programms deutlich werden lässt.

Akteure

Grundlegende Entscheidungen über die Ausgestaltung der polnischen Entwicklungszusammenarbeit werden vom polnischen Parlament, insbesondere vom zuständigen Auswärtigen Ausschuss des Sejm (Komisja Spraw Zagranicznych), und dem Ministerrat getroffen. Beide Institutionen üben sowohl durch die Verabschiedung einschlägiger Gesetze und Leitlinien als auch durch die Aufstellung des Staatshaushalts großen Einfluss auf die Spielräume des Hilfsprogramms »polska pomoc« (Polnische Hilfe) aus.

Da Polen nicht (wie z. B. Deutschland) über ein eigenes Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit verfügt, wurde im Außenministerium eine neue Abteilung (Departament Współpracy Rozwojowej) sowie der Posten eines Nationalen Koordinators für Entwicklungszusammenarbeit im Range eines Unterstaatssekretärs eingerichtet. In dem dezentral organisierten institutionellen System der polnischen Entwicklungszusammenarbeit fallen dem Außenministerium zwei Hauptaufgaben zu: Zum einen setzt es in Kooperation mit Einrichtungen der Regierung bzw. Kommunalverwaltungen, mit polnischen Botschaften im Ausland, vor allem jedoch in Zusammenarbeit mit polnischen Nichtregierungsorganisationen im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Mittel eigene entwicklungspolitische Projekte um. Zum anderen steuert es als koordinierende Instanz die Maßnahmen anderer Ministerien (v. a. des Finanz- und des Bildungsministeriums), die an der Bereitstellung polnischer Hilfeleistungen beteiligt sind. Da die Ausrichtung

der Maßnahmen der 13 beteiligten staatlichen Stellen (Stand 2007) jedoch bisher nicht in einem institutionalisierten Rahmen erfolgt, entstehen mitunter Zweifel, ob die eingesetzten Mittel in Übereinstimmung mit den Hauptzielen der polnischen Entwicklungszusammenarbeit verwendet werden.

Programmatik

Bei der inhaltlichen Ausrichtung der polnischen Entwicklungszusammenarbeit wurden internationale bzw. europäische Ziele und Standards weitgehend übernommen. Das 2003 vom Ministerrat verabschiedete, noch heute gültige Strategiepapier »Strategy for Poland's Development Co-operation« definiert als Hauptziel, einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Empfängerländer zu leisten. Es proklamiert die Übereinstimmung mit den Richtlinien der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit und nennt neben der Armutsbekämpfung als Hauptaufgaben, den Schutz der Umwelt zu verbessern, Katastrophenhilfe zu gewähren und die im polnischen Transformationsprozess gesammelten Erfahrungen weiterzugeben. Insbesondere werden Maßnahmen im Bildungs- und Gesundheitssektor, im Umweltschutz und bei der Hilfe zur Verbesserung des Zugangs zu Trinkwasser hervorgehoben. Darüber hinaus setzt Polen in seinem Hilfsprogramm aber auch Akzente, die sich deutlich aus seinen Erfahrungen seit 1989 speisen. Der Transformationsprozess hat in Polen die Überzeugung etabliert, dass sich Demokratie und Entwicklung gegenseitig bedingen. Daher kommt in der polnischen Projektarbeit der Demokratieförderung, d. h. der Förderung von good governance und Rechtsstaatlichkeit sowie der Unterstützung der Zivilgesellschaft eine besondere Rolle zu. Die Projekte werden zunehmend darauf ausgerichtet, die polnischen Erfahrungen beim Aufbau demokratischer Institutionen, bei der Reformierung der Wirtschaft und Verwaltung, der Durchsetzung von Menschenrechten und der Etablierung von Rechtsstaatlichkeit weiterzugeben. Auch das erworbene Wissen bei der Anpassung von Institutionen und Rechtsprechung im Zuge der Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft in der EU ist hier hinzuzurechnen. Entwürfe eines neuen Strategiepapiers, an dessen Verabschiedung bereits seit 2006 gearbeitet wird, schließen Maßnahmen zur Demokratieförderung in den Ländern des östlichen Europas explizit mit ein und schreiben ihnen einen hohen Stellenwert im polnischen Programm zu. Letztlich folgt Polen damit der Maxime, bei der Auswahl der Sektoren für eine fruchtbare Zusammenarbeit zum einen die Bedürfnisse der Partnerländer, zum anderen aber auch die komparati-

ven Vorteile Polens im Vergleich zu anderen Gebirgsregionen zu berücksichtigen.

Regionale Ausrichtung

Die Auswahl der Schwerpunktländer des polnischen Programms verdeutlicht, dass der polnische Fokus auf den östlichen, nicht der EU angehörenden Nachbarn liegt. So wird der Großteil der vom Außenministerium finanzierten Projekte in den Ländern Ukraine, Belarus und Moldau durchgeführt. Außerdem wird mit Ländern im südlichen Kaukasus (v. a. Georgien) und den zentralasiatischen Staaten (v. a. Afghanistan) zusammengearbeitet. Diese regionale Schwerpunktsetzung von Projekten wird als besonders wirkungsvoll und nachhaltig hingestellt und macht den größten Teil der Technischen Zusammenarbeit Polens aus.

In ausgewählten Ländern Mittelamerikas und des Nahen Ostens leisten polnische Botschaften darüber hinaus punktuelle, im Finanzvolumen deutlich beschränktere Hilfsmaßnahmen (z. B. Kauf von Computern, Schulmaterial etc.) im Rahmen des sog. »Small Grants Fund«. In einem vergleichbar bescheidenen Umfang wurde die Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern in den vergangenen Jahren den EU-Schwerpunkten entsprechend vorangetrieben und ausgeweitet. Dennoch wurden 2008 allein in der Ukraine mehr als doppelt so viele Projekte von Nichtregierungsorganisationen finanziert wie auf dem gesamten afrikanischen Kontinent.

Die verstärkte Zusammenarbeit mit den »Europäischen Nachbarn« im Osten in Abgrenzung zu den »Nachbarn Europas« im Süden, so Außenminister Radosław Sikorski, bleibt weiter offensichtlich und wird mit den weiterreichenden außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen Polens begründet. Als einer der Urheber des Konzepts der »Östlichen Partnerschaft« verfolgt Polen nicht zuletzt das Ziel, die östlichen EU-Nachbarländer an die Union heranzuführen, um ihnen schließlich den Beitritt zu erleichtern. Dadurch verschiebt sich in der polnischen Entwicklungspolitik der Akzent der Entwicklungszusammenarbeit, die von der Idee her die Minderung der Armut und nicht einen möglichen EU-Beitritt der Partnerländer an die erste Stelle setzt.

Öffentliche Meinung

In einer vom polnischen Außenministerium in Auftrag gegebenen Untersuchung wurde die Unterstützung ärmerer Länder im Jahr 2007 von rund drei Viertel der Befragten befürwortet; zehn Prozent äußerten keine Meinung zu diesem Thema. Von den Befürwortern wurde neben der moralischen Verpflichtung vor allem die in der Ver-

gangenheit von Polen empfangene Hilfe als Hauptgrund für die Unterstützung genannt. Zwölf Prozent gaben an, dass Polen wohlhabend genug sei, um ärmere Länder zu unterstützen. Dabei sieht mehr als die Hälfte der Befragten die Unterstützung afrikanischer Länder als prioritär an, während die östlichen Nachbarn sowie die ehemaligen Sowjetrepubliken im Kaukasus und in Zentralasien erst an zweiter und dritter Stelle genannt werden.

Durch Informationskampagnen will das Außenministerium den erfolgten Übergang vom Empfänger zum Geberland verdeutlichen und die tief im polnischen Bewusstsein verwurzelte Selbstwahrnehmung, Empfängerland zu sein, abbauen. Laut der stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Sejm, Jolanta Szymanek-Deresz, sind viele Bürger noch überrascht zu hören, dass Polen inzwischen wirtschaftlich schwächere Länder unterstützt. Die Höhe der verwendeten Mittel wird vom Großteil der Befragten toleriert bzw. als ausreichend angesehen; eine Minderheit spricht sich eindeutig für ihre Aufstockung aus. Hier müsste eine meinungsbildende Kampagne ansetzen, um eine größere gesellschaftliche Akzeptanz zu entwickeln. Obwohl nämlich große Fortschritte zu verzeichnen sind, ist die Ausweitung des Programms zuletzt ins Stocken geraten.

Volumen der ODA-Mittel

Polen hat als größter Geber der neuen Mitgliedsstaaten im Jahr 2008 mit 386,13 Mio. US-Dollar so viel Geld für Entwicklungshilfe bereitgestellt wie niemals zuvor. Im Vergleich zu 2003 wurden die Ausgaben um den Faktor 14 vervielfacht, verglichen mit 2004 haben sie um das Dreifache zugenommen. Die ODA-Quote konnte so zwischenzeitlich auf 0,1 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) von 2007 gesteigert werden, ehe sie zuletzt auf 0,08 Prozent des BNE (2008) zurückging. Diese deutliche Steigerung der polnischen ODA-Ausgaben in den zurückliegenden Jahren ist zum einen ein Indiz für die Anstrengungen, die Zielvorgaben der EU (0,17 Prozent BNE bis 2010, 0,33 Prozent BNE bis 2015) zu erreichen. Gleichzeitig ist der Mittelanstieg eine direkte Folge des Beitritts zur Europäischen Union, da ein Teil (4,86 Prozent) der obligatorischen Beiträge zum EU-Budget als ODA angerechnet wird.

Bestimmend für die Struktur der polnischen ODA-Mittel sind die bislang jährlich steigenden Überweisungen an multilaterale Institutionen (Weltbank, Vereinte Nationen, EU etc.). Im Jahr 2008 wurden rund 75 Prozent bzw. 289,17 Mio. US-Dollar der polnischen ODA an multilaterale Institutionen überwiesen. Beiträge zum Budget der EU machten mit 274,16 Mio. US-Dollar allein 71 Prozent der gesamten polnischen ODA



aus. Diese Beiträge stellen seit 2004 sowohl in absoluten als auch in relativen Zahlen den jährlich größten ODA-berechtigten Haushaltstitel des polnischen Hilfsprogramms dar.

Auch die von polnischen Stellen verwalteten, bilateral vergebenen Mittel (das sind Mittel, die Polen nach direkten Verhandlungen mit Partnerländern in Form von beispielsweise Schuldenerlassen, Projekten oder Krediten zur Verfügung stellt) waren Jahr für Jahr gestiegen und von 18,96 Mio. US-Dollar (2003) auf 155,74 Mio. US-Dollar (2007) angewachsen – ehe die Ausgaben im Jahr 2008 um ca. 38 Prozent auf 96,95 Mio. US-Dollar eingebrochen sind. Bei leicht steigenden Gesamtausgaben erfolgte demnach eine strukturelle Mittelverschiebung in Richtung multilateraler Kanäle, sprich in Richtung EU. Die bilateral eingesetzten Gelder werden vor allem von zwei Ministerien vergeben. Die vom Außenministerium vorangetriebene Technische Zusammenarbeit in Form von Projekten macht jährlich einen Anteil von rund 20 Prozent der bilateralen Mittel aus. Auf die vom Finanzministerium verantworteten Maßnahmen der Finanziellen Zusammenarbeit – vor allem großvolumige Einzelleistungen in Form von Schuldenerlassen und liefergebundenen Krediten – entfallen hingegen regelmäßig rund drei Viertel der bilateralen Ausgaben. Geldtransfers sorgen jedoch nicht für die Vermittlung des polnischen Transformationswissens. Letztlich kommt dadurch der starke komparative Vorteil des polnischen Programms im Vergleich zu anderen Geberländern (Transformationserfahrung, Demokratieförderung etc.) nur sehr begrenzt zur Geltung.

Fazit

Im Unterschied zu den regionalen Schwerpunkten der Entwicklungszusammenarbeit der »alten« EU-Mitglieds-

staaten liegt der Fokus der polnischen Kooperationsprogramme – ähnlich wie der anderer EU-12-Staaten – auf den östlichen, nicht der EU angehörenden Nachbarn und kaukasischen sowie zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die langfristige Verankerung dieser Entwicklungszusammenarbeit als ein Teil polnischer Außenpolitik und der Ausbau des Politikfeldes auf vereinbarte Ziele hin kann dabei nicht allein nach Maßgaben der EU geschehen. Um Politiker erfolgreich an die gegebenen Versprechen erinnern zu können, ist eine interessierte Zivilgesellschaft und potenzielle Wählerschaft unverzichtbar. Die Schaffung eines entsprechenden Rückhalts in der polnischen Bevölkerung ist daher für den weiteren Ausbau des Hilfssystems als zentral anzusehen. Zugleich würde durch eine regelmäßige und umfangreichere Veröffentlichung von Angaben über das Hilfsprogramm eine sinnvolle, effiziente und zielgerichtete Verwendung der Haushaltsmittel nachvollziehbar gemacht werden. Die bereits begonnenen Arbeiten zur Verankerung einer eigenen Rechtsgrundlage für die Entwicklungszusammenarbeit sowie zur Verabschiedung eines neuen Strategiepapiers versprechen, eine neue Basis für einen effizienteren Umgang mit den zwar steigenden, aber dennoch knappen Ressourcen der polnischen Hilfe zu schaffen. Zuletzt ist dieser Prozess aber – wie auch der Ausbau des Systems insgesamt – ins Stocken geraten. Wie stark das Engagement im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in Zeiten der Wirtschaftskrise weiterverfolgt wird, kann somit als erster Prüfstein angesehen werden. Dieses Problem teilt das polnische Hilfsprogramm zurzeit indes mit den Programmen aller Länder.

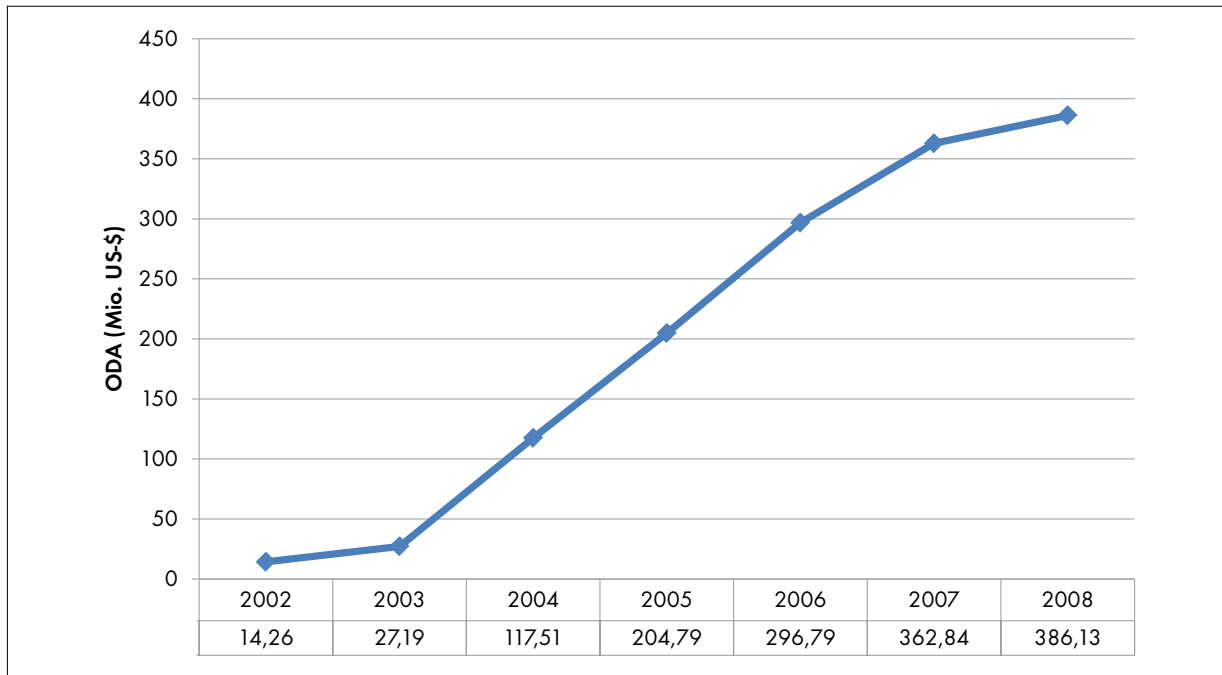
Über den Autor

Der Politologe Jürgen Tischmacher studierte in Bonn, Augsburg und Warschau. In seiner Masterarbeit setzte er sich mit der Entwicklungszusammenarbeit Polens seit dem Beitritt zur Europäischen Union auseinander.

Tabellen und Grafiken zum Text

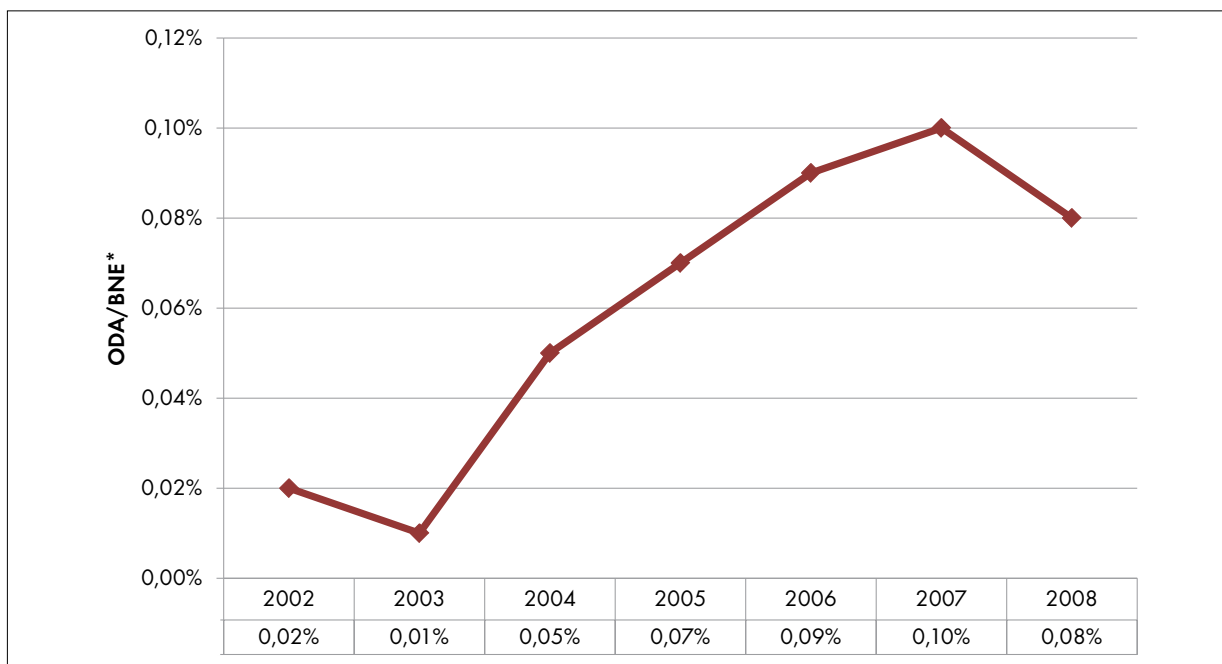
Polnische Entwicklungshilfe in Zahlen

Abbildung 1: Polnische Official Development Assistance (ODA)-Mittel (2002–2008)



Quelle: Darstellung des Autors nach: OECD, OECD.StatExtracts, <http://stats.oecd.org/index.aspx> (abgerufen am 26.8.2009).

Abbildung 2: ODA-Quote (2002–2008)

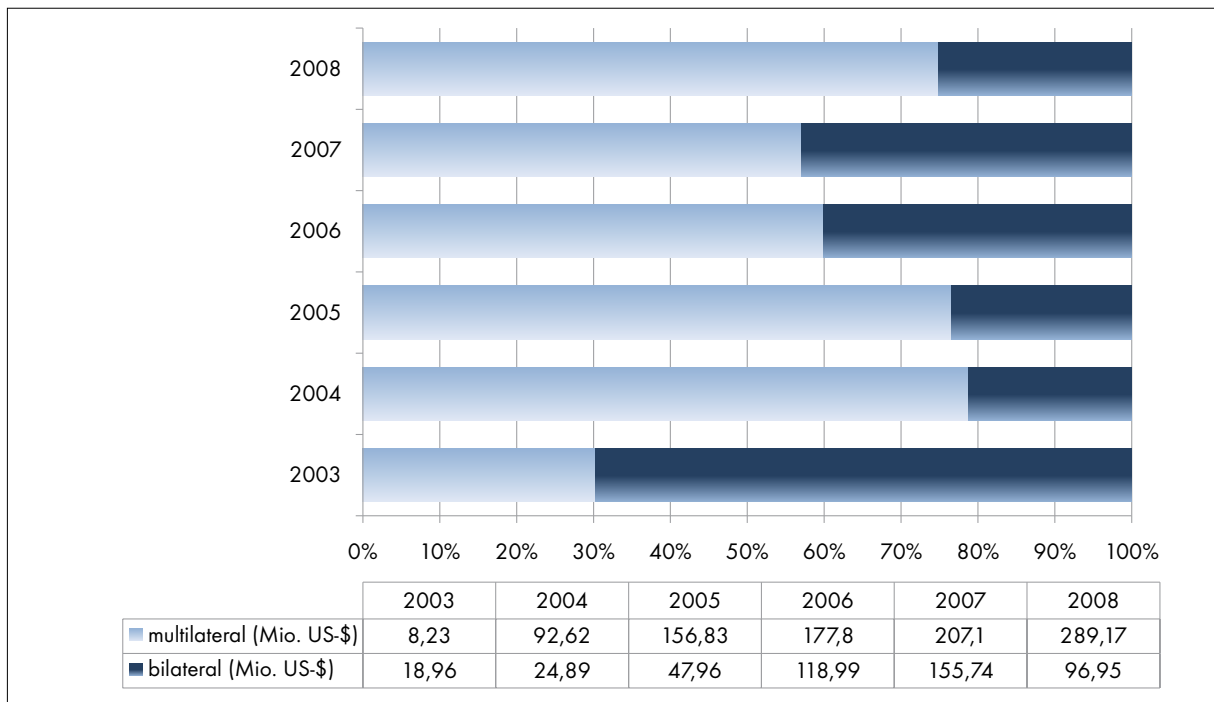


* = Bruttonationaleinkommen

Quelle: Darstellung des Autors nach: OECD, OECD.StatExtracts, <http://stats.oecd.org/index.aspx> (abgerufen am 26.8.2009).

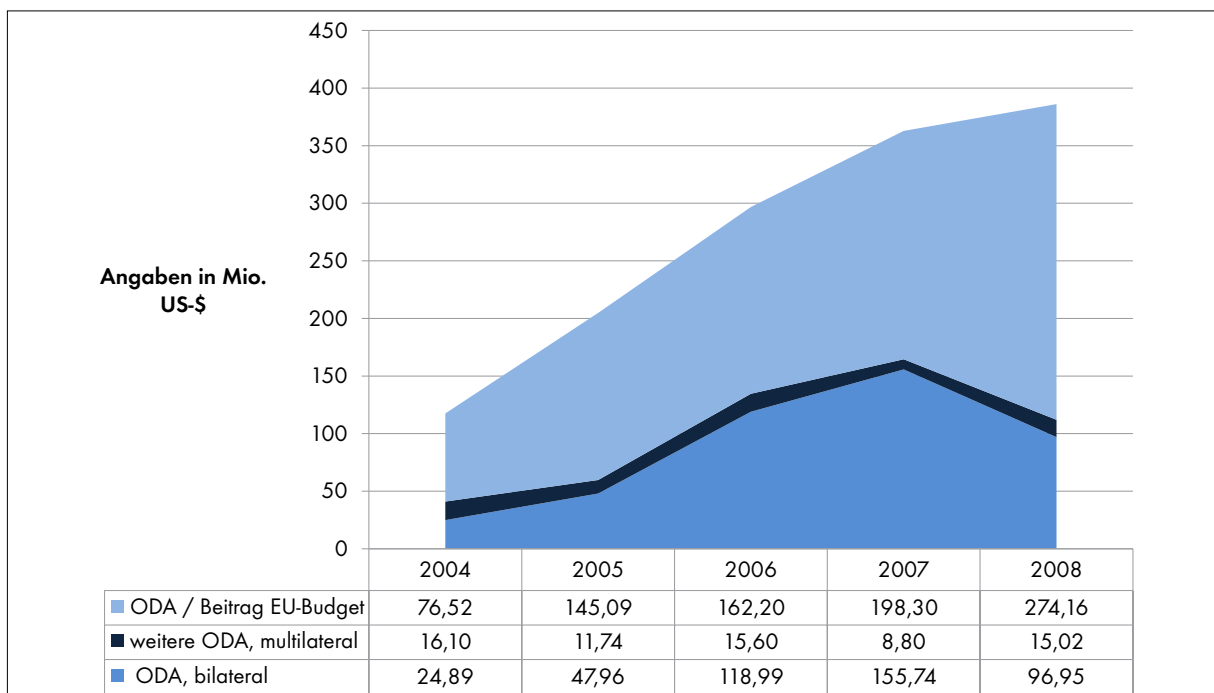


Abbildung 3: Verhältnis bilaterale / multilaterale ODA (2003–2008)



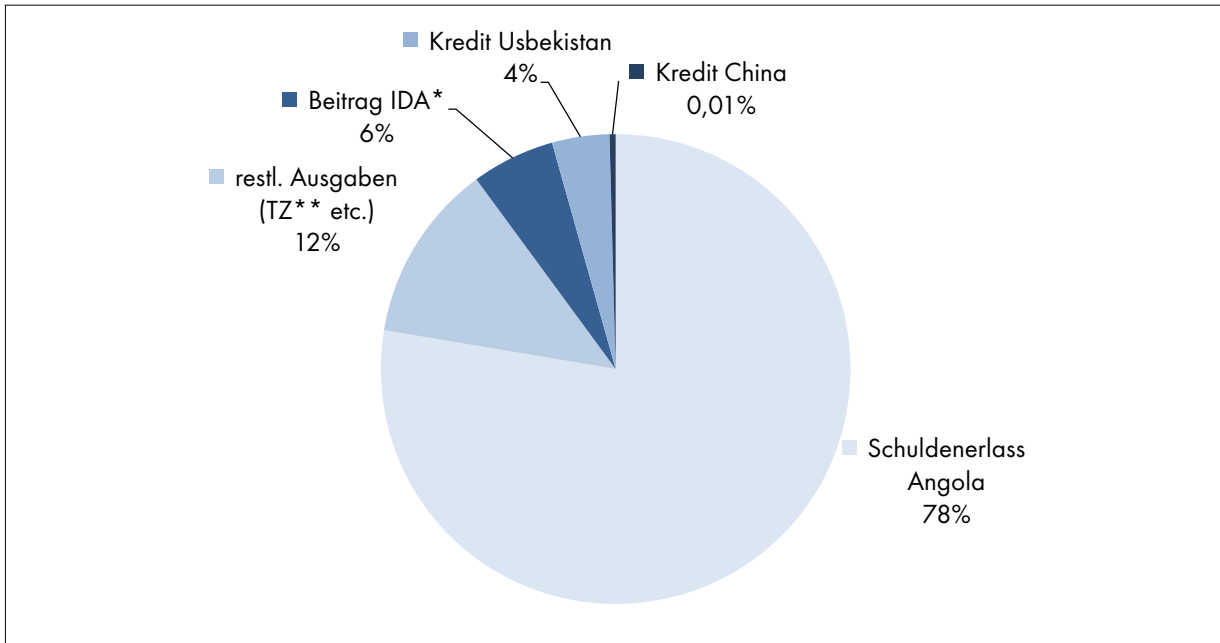
Quelle: Darstellung des Autors nach: OECD, OECD.StatExtracts, <http://stats.oecd.org/index.aspx> (abgerufen am 26.8.2009).

Abbildung 4: ODA-Beiträge zum EU-Budget als Teil polnischer Gesamt-ODA (2004–2008)



Quelle: Darstellung des Autors nach: OECD, OECD.StatExtracts, <http://stats.oecd.org/index.aspx> (abgerufen am 26.8.2009) sowie Ministry of Foreign Affairs (MFA), Annual 2004, S. 32; sowie MFA, Annual 2005, S. 35; sowie MFA, Annual 2006, S. 69; sowie MFA, Annual 2007, S. 42; sowie Berechnungen des Autors.

Abbildung 5: Verwendung bilateraler ODA (2006)

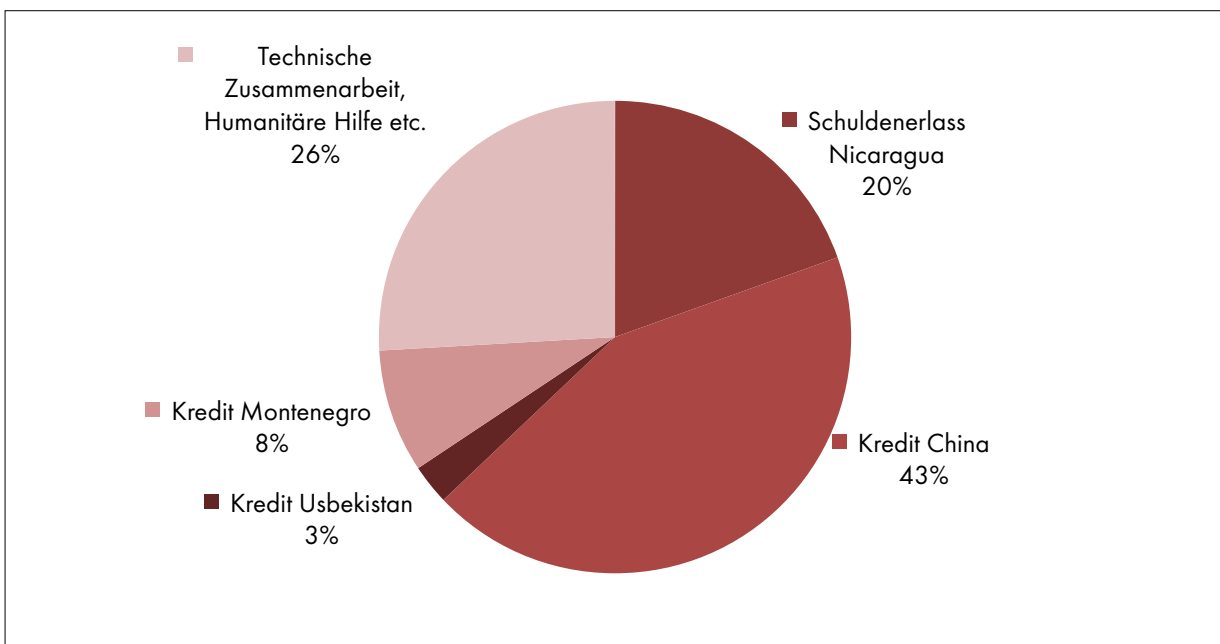


* International Development Association

** Technische Zusammenarbeit

Quelle: Darstellung des Autors nach: Ministry of Foreign Affairs (MFA), Annual 2006, S. 38.

Abbildung 6: Verwendung bilateraler ODA (2007)



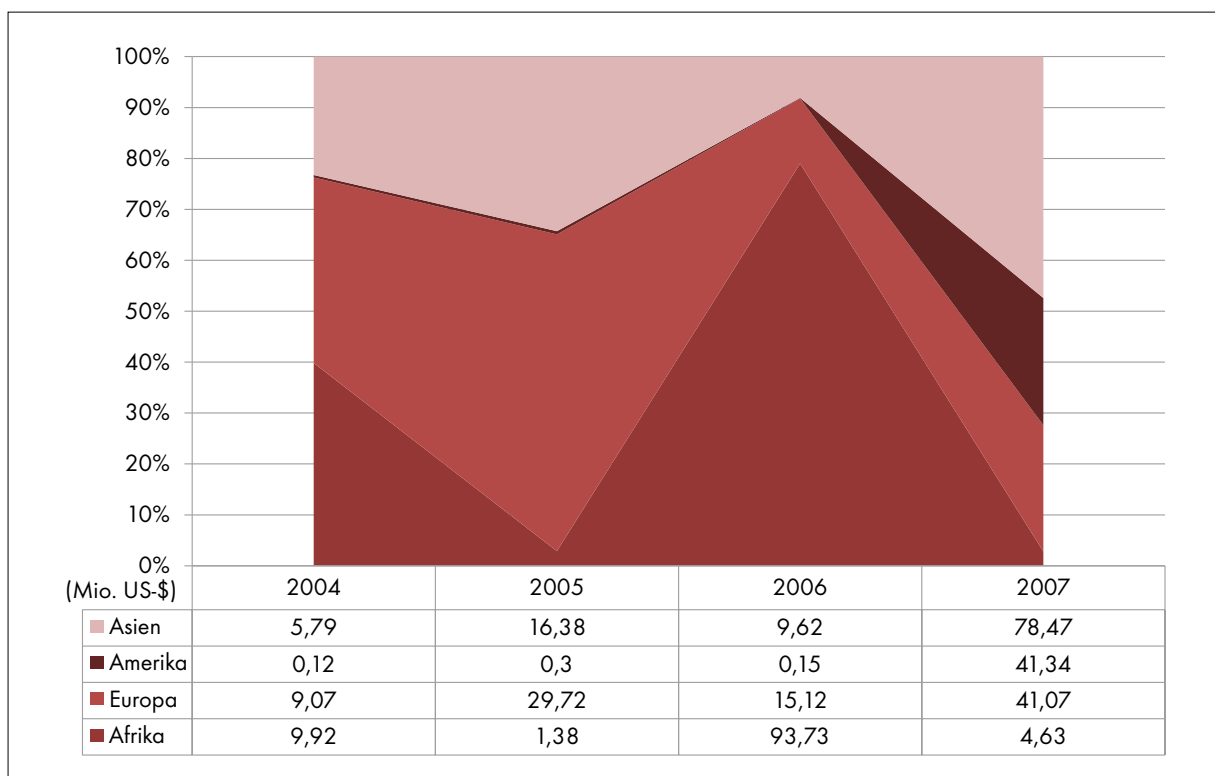
Quelle: Darstellung des Autors nach: MFA, Annual 2007, S. 9, 10 und 59.

Tabelle 1: Hauptempfängerländer polnischer ODA-Mittel (Mio. US-\$, 2004–2007)

| 2004 | | 2005 | | 2006 | | 2007 | |
|------------------------|-----|------------------------|------|------------|------|------------|-------|
| Äthiopien | 8,7 | Serbien und Montenegro | 18,7 | Angola | 92,4 | China | 68,0 |
| Serbien und Montenegro | 8,1 | Ukraine | 6,16 | Ukraine | 7,1 | Nicaragua | 30,6 |
| China | 1,6 | Usbekistan | 5,96 | Belarus | 6,8 | Belarus | 14,9 |
| Kasachstan | 1,3 | China | 5,33 | Usbekistan | 4,5 | Montenegro | 13,23 |
| Vietnam | 0,6 | Belarus | 3,98 | Moldau | 1,3 | Ukraine | 12,6 |

Quelle: Darstellung des Autors nach: Ministry of Foreign Affairs (MFA), Annual 2004, S. 32; sowie MFA, Annual 2005, S. 37; sowie OECD (2008): Entwicklungszusammenarbeit. Bericht 2007, Paris, S. 105; sowie MFA, Annual 2007, S. 120.

Abbildung 7: Regionale Verteilung der bilateralen ODA-Mittel (2004–2007)



Quelle: Darstellung des Autors nach: MFA, Annual 2004, S. 32; sowie MFA, Annual 2005, S. 35; sowie MFA, Annual 2006, S. 69; sowie MFA, Annual 2007, S. 122.

Chronik

Vom 01. bis zum 14. September 2009

| | |
|------------|--|
| 01.09.2009 | Auf der Westerplatte bei Danzig findet die Hauptgedenkveranstaltung aus Anlass des 70. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs in Anwesenheit von Staatspräsident Lech Kaczyński, Ministerpräsident Donald Tusk sowie 20 weiteren Staats- und Regierungschefs, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel und der russische Ministerpräsident Wladimir Putin, statt. Die polnischen Politiker zeigen sich enttäuscht, dass die USA nicht durch Präsident Barack Obama oder Außenministerin Hillary Clinton vertreten sind. |
| 02.09.2009 | Nach den neuesten (saisonbereinigten) Daten von Eurostat ist das polnische Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2009 um 1,4 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen, im Vergleich zum ersten Quartal 2009 um 0,5 %. Letzte Woche hatte das Statistische Hauptamt (Główny Urząd Statystyczny – GUS) mitgeteilt, dass das BIP (nicht saisonbereinigt) im zweiten Quartal 2009 um 1,1 % gestiegen sei. |
| 03.09.2009 | Die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) stellt dem Sejm einen Beschluss zur Verabschiedung anlässlich des 70. Jahrestages des Einmarschs der Roten Armee in Ostpolen am 17. September 1939 vor. Darin wird an die an Polen verübten Kriegsverbrechen der Sowjetunion erinnert, die Ermordung von tausenden polnischen Offizieren als »Völkermord« bezeichnet und an die polnischen Politiker appelliert, Schritte gegen eine Verfälschung der Geschichte, insbesondere die Glorifizierung Stalins und der UdSSR, einzuleiten. |
| 04.09.2009 | Nach Angaben des Abgeordneten der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Witold Gintowt-Dziewałowski, bereitet die SLD einen Gesetzesentwurf zur Auflösung des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) vor, das politisch instrumentalisiert werde. Die vom IPN durchgeführte Lustration, d. i. die Überprüfung der informellen Zusammenarbeit mit den kommunistischen Sicherheitsdiensten, soll demnach der Staatsanwaltschaft übertragen und das IPN-Archivmaterial in die staatlichen Archive eingegliedert werden. |
| 04.09.2009 | Das Finanzministerium kündigt an, dass das Haushaltsdefizit im Jahr 2010 52,2 Mrd. Zloty betragen und so um die Hälfte höher als das für dieses Jahr eingeplante Defizit sein werde. Damit würde es das bisher größte Haushaltsdefizit von 41,4 Mrd. Zloty im Jahr 2004 übersteigen. |
| 07.09.2009 | Der Vorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Grzegorz Napieralski, kritisiert die Regierung, sie habe kein Konzept für den Ausgleich des Haushaltsdefizits. Seine Partei arbeite daher an einem Gesetzesentwurf zur Berufung eines Fiskalischen Rates (Rada Fiskalna), besetzt mit Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltsexperten, dessen Aufgabe es sein solle, Haushaltsverhandlungen zu begutachten, Empfehlungen zu erarbeiten und die Parlamentarier über die Lage der öffentlichen Finanzen zu informieren. |
| 07.09.2009 | Sejmmarschall Bronisław Komorowski legt einen Entwurf für einen vom Sejm zu verabschiedenden Beschluss aus Anlass des 70. Jahrestages des Überfalls der UdSSR auf Polen am 17. September 1939 vor. Darin heißt es u. a., die polnisch-russische Versöhnung bedürfe des Respekts vor der historischen Wahrheit, die nicht verschwiegen oder manipuliert werden dürfe. Vorher hatte bereits die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) einen Beschlussentwurf vorgelegt, der aber von den Fraktionen der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) und der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) als zu aggressiv und provokativ und daher nicht unterstützungswürdig bewertet wurde. |
| 08.09.2009 | Der Dienst für Innere Sicherheit (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW) nimmt in Warschau den Vorstandsvorsitzenden der Sozialversicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych – ZUS) sowie drei weitere Angestellte der Stettiner Filiale des ZUS aufgrund von Korruptionsvorwürfen fest. Regierungssprecher Paweł Graś wertet die Festnahme als Umsetzung des sogenannten Antikorruptionsschildes, das die Regierung der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) nach ihrem Amtsantritt angekündigt hatte und das auf der Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste, der Polizei und der Finanzämter beruht. |
| 09.09.2009 | Schatzminister Aleksander Grad bestätigt, dass die Europäische Kommission einer Fristverlängerung für den Verkauf der Werften in Stettin und Gdingen bis Ende des Jahres zugestimmt habe und es eine neue Ausschreibung geben werde. Mit diesen Privatisierungsmaßnahmen solle das Haushaltsdefizit, das aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise aufgetreten sei, ausgeglichen werden. Grad war in der letzten Zeit in die öffentliche Kritik geraten. Ihm wurde vorgeworfen, die Privatisierung zu vernachlässigen. |
| 10.09.2009 | Der Sejm verabschiedet einen Beschluss, der die Regierung von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki würdigt, die nach den halbfreien Wahlen im Juni 1989 die Systemtransformation Polens maßgeblich gestaltet hat. Mazowiecki war am 24. August 1989 als erster nichtkommunistischer Regierungschef seit über 40 Jahren in sein Amt gewählt worden und hatte am 13. September dem Sejm sein Kabinett vorgestellt. |



| | |
|------------|---|
| 10.09.2009 | Die Fraktionen der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej –SLD) sprechen sich gegen den im Sejm diskutierten Entwurf der Bürgerschaftlichen Gesetzesinitiative (Obywatelska Inicjatywa Ustawodawcza) »Contra in Vitro« aus, der das vollständige Verbot der In-vitro-Fertilisation vorsieht. |
| 11.09.2009 | Der Leiter der Abteilung für Entwicklungszusammenarbeit (Departament Współpracy Rozwojowej) im Außenministerium, Marek Ziółkowski, teilt mit, dass Polen in den Jahren 2008–2010 5,5 Mio. Euro für Entwicklungshilfe in Georgien zur Verfügung stelle. Georgien werde auch in Zukunft eine Vorrangstellung bei polnischen Hilfeleistungen eingeräumt. |
| 11.09.2009 | Während der Feierstunde des Sejm aus Anlass der Berufung der ersten nichtkommunistischen Regierung im September 1989 hebt Tadeusz Mazowiecki hervor, dass die Versöhnung mit Russland eine der wichtigsten Aufgaben sei, die sich an der zwar schwierigen und kontroversen, aber gelungenen Versöhnung mit Deutschland orientieren sollte. |
| 11.09.2009 | Der ehemalige Staatspräsident Lech Wałęsa kündigt an, dass er in der kommenden Woche nach Irland fahren und dort für den EU-Reformvertrag von Lissabon werben werde, über den die irische Bevölkerung erneut am 2. Oktober in einem Referendum entscheiden wird. |
| 13.09.2009 | Staatspräsident Lech Kaczyński und sein slowenischer Amtskollege Danilo Türk sprechen sich am Rande eines Treffens der Visegrád-Gruppe (Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei) in Zoppot für eine Erweiterung der Europäischen Union und der NATO um die Balkanländer aus, um die Zone des Wohlstands und der Sicherheit in Europa auszudehnen. Slowenien bemüht sich derzeit um eine Aufnahme in die Visegrád-Gruppe. |
| 14.09.2009 | Nach den jüngst veröffentlichten Daten der Europäischen Kommission wird in diesem Jahr eine Steigerung des polnischen Bruttoinlandsprodukts von 1 % erwartet. Polen werde wahrscheinlich das einzige EU-Land sein, das in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ein Wirtschaftswachstum aufweise. |

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2009 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen